

MANHATTAN

Automaten-Sportstätten mit elektronischen und mechanischen Spiel- und Unterhaltungsgeräten GmbH

Geschäftsleitung: Herforder Straße 1-3 · 4800 Bielefeld 1

Karl Josef Denzer, MdL
Postfach 11 43

4000 Düsseldorf 1

Telefon: (0521) 1793 50

den 12.04.88

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
10. WAHLPERIODE

ZUSCHRIFT
10/ 2051

Erhöhung der Vergnügungssteuer für Automaten

Sehr geehrter Herr Denzer,

wie soll ich meinen Mitarbeitern erklären, daß sie ihre Arbeitsplätze verlieren, nur weil das Land Nordrhein-Westfalen utopische Steuervorstellungen hat? Tatsache ist, daß die Steuerpläne - Erhöhungen bis zu 350 % - wirklichkeitsfremd sind.

Solche Summen kann kein Automatenkaufmann betriebswirtschaftlich verkraften. Und weshalb diese Erhöhung? Um eine Spielhallenflut zu bremsen? Die echten Zahlen und Hintergründe sprechen eine deutliche Sprache.

Über 40 % der Geldspielgeräte in Spielstätten müssen bedingt durch die Änderung der Spielverordnung abgeräumt werden. Die entsprechenden Spielhallen nach altem Recht müssen aufgegeben werden. Darum also zur Zukunftssicherung neue Spielstätten, da die anderen verschwinden. Hallen nach altem und neuem Recht nebeneinander führen nur vorübergehend zu erhöhten Zahlen.

Alle möglichen Hilfsargumente werden gegen uns mobilisiert. Jugendschutz haben sich viele Ihrer Kollegen aufs Papier geschrieben. Wir, die Automatenaufsteller, praktizieren ihn. Überschreitungen sind die absolute Ausnahme. Vater Staat hingegen erlaubt auch Jugendlichen das Spiel mit Rubbellosen, bei sofortiger Gewinnausschüttung bis zu zig-Tausend-Mark.

Weitere Steuererhöhungen werden nur dazu führen, daß der Trend hin zu kommunikativeren Spielstätten, zu einem noch breiteren Angebot von Sportspielen wie Billard, Dart und Fußball gestoppt wird.

Das kann doch nicht Sinn einer Steuererhöhung sein.

Betroffen sind die Betriebe, die seit vielen Jahren mit ihren Mitarbeitern für moderne Spielstätten gesorgt haben. Wollen Sie diese Unternehmen und ihre Arbeitsplätze vernichten? Wir bitten Sie als unseren heimischen Abgeordneten diesen Plänen der Landesregierung nicht zuzustimmen.

Wir sind gern bereit, Sie in unserem Betrieb über die tatsächliche Situation zu informieren.

Mit freundlichen Grüßen

